



„Ich habe anfangs geglaubt, ich schaffe das mit meiner normalen Arbeitszeit“: Angehörigenpflege und Berufstätigkeit in (Ober-)Österreich*

Selma Kadi, Mirjam Pot, Cassandra Simmons, Kai Leichsenring und Heidemarie Staflinger

Selma Kadi, Mirjam Pot und Kai Leichsenring arbeiten am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Cassandra Simmons arbeitete am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Heidemarie Staflinger arbeitet bei der Arbeiterkammer Oberösterreich.
kadi@euro.centre.org
pot@euro.centre.org
casselz.simmons@gmail.com
leichsenring@euro.centre.org
staflinger.h@akooe.at

Einleitung

Pflegende Angehörige sorgen für Menschen mit Pflege-, Betreuungs- oder Unterstützungsbedarf in ihrem nahen Umfeld, wie beispielsweise für ältere, behinderte oder schwerkranke Familienmitglieder.¹ Angehörige – in vielen Fällen sind es Frauen – decken einen Großteil des bestehenden Pflegebedarfs ab. Es wird davon ausgegangen, dass in der Europäischen Union über 80 % der Pflege und Betreuung von Angehörigen geleistet wird (Hoffmann & Rodrigues, 2010). Für Österreich wird geschätzt, dass insgesamt etwa 947.000 Menschen im Erwachsenenalter Angehörige betreuen, von denen etwa 30 % bis 40 % erwerbstätig sind (Nagl-Cupal et al., 2018).²

In internationalen Studien wurde gezeigt, dass Angehörigenpflege negative Auswirkungen auf das Berufsleben haben kann und etwa zu einer ungewollten Reduktion an Arbeitsstunden und entsprechenden Einkommensverlusten oder gar zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen aufgrund von mangelnder Vereinbarkeit führen kann (z. B. Bauer & Souza-Poza, 2015; Burch et al., 2019; Spann et al., 2020). Es ist bekannt, dass die Kombination von Angehörigenpflege und Berufstätigkeit auch in Österreich eine große zeitliche und psychische Herausforderung für viele Personen darstellt (Mairhuber & Sardadvar, 2017; Sardadvar & Mairhuber, 2018). Dennoch lag bislang keine empirische Studie vor, in der die spezifische Situation pflegender Angehöriger in Erwerbsarbeit umfassend untersucht wird.

Schlagworte:
**Häufigkeit von
Angehörigenpflege
durch Erwerbstätige,
Erfahrungen mit der
Vereinbarkeit**

- 1 Aufgrund der besseren Verständlichkeit wird hier der Begriff „pflegende Angehörige“ verwendet. „Pflegende Zugehörige“, das heißt Personen, die beispielsweise Freund:innen, Bekannte oder Nachbar:innen pflegen, werden nicht extra genannt, sind aber mitgemeint.
- 2 Da Nagl-Cupal et al. (2018) nur Angehörige von Pflegegeldbezieher:innen und dabei nur die jeweilige Hauptpflegeperson berücksichtigen, handelt es sich dabei um eine konservative Schätzung. Hinzu kommt, dass teilweise auch Jugendliche und Kinder bereits die Rolle pflegender Angehöriger übernehmen (Nagl-Cupal et al., 2015; Kadi et al., 2023).

* Wir danken Felix Groß-Wohlgemuth und Anette Scoppetta für Kommentare und Daria Jadric und Anna Obernberger für Layoutierung.

Dieser Policy Brief informiert über ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Angehörigenpflege und Erwerbstätigkeit in (Ober-) Österreich: Ausgangssituation und Handlungsbedarfe“, das 2023-2024 im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich durch das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung durchgeführt wurde (Kadi et al., 2024). Das Projekt beleuchtete die Situation erwerbstätiger pflegender Angehöriger in (Ober-)Österreich sowohl quantitativ als auch qualitativ. Methodisch wurden einerseits bestehende Erhebungen herangezogen und andererseits semi-strukturierte Interviews mit erwerbstätigen pflegenden Angehörigen (n = 19) aus Oberösterreich und mit Personen, die in beruflichem Kontakt (z. B. Hauskrankenpfleger:innen) mit pflegenden Angehörigen (n = 6) stehen, durchgeführt. Das Zitat im Titel stammt aus einem Interview mit einer Studienteilnehmerin, die auf einen wichtigen Aspekt der Angehörigenbetreuung aufmerksam macht – den schleichenden Prozess der Überforderung pflegender Angehöriger, der mitunter gerade dann sich einzugestehen schwerfällt, wenn die Betreuung mit Erwerbsarbeit verknüpft werden muss.

Mit welchen Herausforderungen sind pflegende Angehörige in Erwerbsarbeit konfrontiert?

Im Folgenden wird darüber informiert, wie viele Menschen in (Ober-) Österreich aktuell Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit kombinieren (müssen), welche Auswirkungen Angehörigenpflege auf Erwerbsarbeit hat, mit welchen Herausforderungen pflegende Angehörige in Erwerbsarbeit konfrontiert sind und welche Rolle dabei bestehenden Unterstützungsangeboten zukommt. Die abschließenden Empfehlungen für die Politik sollen dazu beitragen, die Situation pflegender Angehöriger in Erwerbsarbeit bzw. im Erwerbsarbeitsalter zu verbessern.

Häufigkeit von Angehörigenpflege und Auswirkungen auf Berufstätigkeit

Wer pflegt und arbeitet?

Um herauszufinden, wie viele Personen in (Ober-)Österreich Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit vereinbaren, wurde auf Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung 2018, des österreichischen Mikrozensus 2022 und des 2022 durchgeführten Survey of Gender Gaps in Unpaid Care, Individual and Social Activities des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zurückgegriffen. Da diese Datensätze auf unterschiedlichen Definitionen von Angehörigenpflege sowie unterschiedlichen Erhebungsmethoden beruhen, führt ihre Auswertung zu unterschiedlichen Ergebnissen. Je nach Definition und Studie können somit etwa

In Österreich sind 472.000 bis zu einer Million Personen im Erwerbsarbeitsalter pflegende Angehörige.

7,5 % bis 21,3 % der (ober-)österreichischen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 64 Jahren als pflegende Angehörige bezeichnet werden. Für ganz Österreich entspricht dies in absoluten Zahlen einer Bandbreite von 472.000 bis zu einer Million Personen im Erwerbsarbeitsalter und für Oberösterreich ca. 78.000 bis 167.000 Personen.

Laut EU-Arbeitskräfteerhebung 2018, welcher zufolge 7,5 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren pflegende Angehörige sind, sind 5,9 % der Arbeiter:innen und Angestellten, 9,6 % der Selbständigen und 8,8 % der arbeitslos gemeldeten Personen pflegende Angehörige (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Prävalenz pflegender Angehöriger im Erwerbsalter (20-64 Jahre)

Merkmale	in %	Oberösterreich		Österreich	
		absolut	bereinigt	absolut	bereinigt
Insgesamt	7,53	68.327	78.166	412.377	471.759
Geschlecht					
Frauen	8,69	41.629	47.624	253.422	289.915
Männer	5,54	26.698	30.542	158.955	181.844
Erwerbsstatus					
Unselbstständig angestellt	5,92	39.862	45.602	228.930	261.896
Selbstständig	9,61	8.525	9.753	50.555	57.835
Arbeitslos	8,76	19.940	22.811	132.892	152.028

Quelle: Statistik Austria; Ad-hoc-Modul der EU-Arbeitskräfteerhebung (EU-AKE); eigene Berechnungen, wobei Personen, die Kinder mit Behinderung unter 18 Jahren pflegen, in dieser Erhebung nicht berücksichtigt sind. Um die Einbeziehung pflegender Angehöriger dieser Gruppe zu gewährleisten, wurde ein Gewichtungskoeffizient (1,144) angewendet, um „bereinigte“ Zahlen zu erhalten. Die Berechnung des Gewichtungskoeffizienten basiert auf Daten des „Survey of Gender Gaps in Unpaid Care, Individual and Social Activities“ des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) 2022, das Angehörigenpflege von Kindern mit Behinderungen unter 18 Jahren miteinbezieht und daher Aufschluss darüber gibt, wie sehr die Prävalenz der Angehörigenpflege unterschätzt wird, wenn lediglich Angehörige ab 18 Jahren berücksichtigt werden.

Von den angestellten pflegenden Angehörigen sind laut EU-Arbeitskräfteerhebung 61,2 % Frauen und 38,7 % Männer. Eine Mehrheit (61,7 %) hat einen sekundären Bildungsabschluss. Die meisten unselbstständig erwerbstätigen pflegenden Angehörigen befinden sich im höchsten Einkommensquartil (40,1 %). Dies deutet darauf hin, dass pflegende Angehörige mit niedrigerem Einkommen ihre Erwerbsarbeit eher aufgeben, anstatt Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit zu kombinieren. Darüber hinaus haben 12,2 % Migrationserfahrung und 41,4 % leben in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte. Letzteres weist

darauf hin, dass Angehörige in ländlichen Regionen, wo es tendenziell weniger professionelles Pflege- und Betreuungsangebot gibt, dies Lücke oftmals selbst füllen müssen.

Welche Auswirkungen hat Angehörigenpflege auf die Berufstätigkeit?

36 % der unselbständig erwerbstätigen pflegenden Angehörigen haben laut der EU-Arbeitskräfteerhebung 2018 Schwierigkeiten damit, Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit zu kombinieren. Die wichtigsten Gründe dafür sind unvorhersehbare oder ungünstige Arbeitszeiten (26,4 %) und anspruchsvolle oder anstrengende Arbeit (22 %). Eine etwas geringere Anzahl pflegender Angehöriger gab lange Arbeitszeiten als Grund für ihre Schwierigkeiten an, Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit zu vereinbaren (18,9 %), gefolgt von einem langen Arbeitsweg (17,8 %). 9,4 % geben mangelnde Unterstützung durch die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber als Grund an.

Denselben Daten zufolge sind etwa 40 % der erwerbstätigen pflegenden Angehörigen in (Ober-)Österreich der Ansicht, dass sie hinsichtlich ihrer Arbeitszeiten nicht über die notwendige Flexibilität verfügen, um ihren Pflegeaufgaben gerecht zu werden. 5,7 % der pflegenden Angehörigen mussten ihre Erwerbsarbeit aufgrund ihrer Pflegeverantwortung bereits einmal für mindestens einen Monat unterbrechen. 6,7 % der pflegenden Angehörigen mussten ihre Arbeitszeiten bereits einmal für mehr als einen Monat reduzieren. In beiden Fällen sind dies zu ungefähr zwei Drittel Frauen.

**9,4 % der Frauen in
Teilzeitbeschäftigung
geben
Angehörigenpflege
als Grund für die
Teilzeitbeschäftigung
an.**

Analysen des österreichischen Mikrozensus 2022 zeigen, dass rund 7,5 % der Teilzeitbeschäftigten in ganz Österreich (9,4 % bei Frauen und 1,7 % bei Männern) aufgrund von Angehörigenpflege in Teilzeit arbeiten. Darüber hinaus gaben etwa 1,2 % der Arbeitslosen Angehörigenbetreuung als Grund für die Beendigung ihrer letzten Beschäftigung an. 3,7 % der Arbeitslosen gaben an, aufgrund von Angehörigenpflege keine Arbeit suchen zu können. Auch bei den Daten zu arbeitslosen pflegenden Angehörigen gilt, dass die Arbeitslosigkeit bei Frauen häufiger im Zusammenhang mit der Angehörigenpflege stand.

Erfahrungen pflegender Angehöriger mit Berufstätigkeit und Unterstützungsmaßnahmen³

Berufstätigkeit wird an Pflegesituation angepasst

Auch aus den Interviews geht hervor, dass Angehörige mit großen Herausforderungen konfrontiert sind, um Pflegetätigkeiten mit Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Wie Erfahrungsberichte zeigen, passen pflegende Angehörige in diesem Fall ihre Erwerbsarbeitsituation vielfach an die Pflegesituation an, beispielsweise indem sie Arbeitsstunden reduzieren oder in Arbeitsverhältnisse wechseln, die ihnen mehr zeitliche Flexibilität ermöglichen.

*„Ich habe die Arbeitszeit reduziert [...]. Ich habe zuerst Vollzeit gearbeitet, danach 30 Stunden und mittlerweile bin ich auf 24 Stunden runter, [...] weil ich auch daheim nicht mehr zusammenkomme.“
(Pflegerin Angehöriger, die ihren Vater mit Parkinson betreut)*

*„Ich habe ja anfangs überhaupt geglaubt, ich schaffe das mit meiner normalen Arbeitszeit, so nebenbei [...] Aber das geht nicht.“
(Pflegerin An- und Zugehöriger, die ihre Mutter, die Lebensgefährtin ihres Bruders sowie ihren Bruder gepflegt hat)*

Auch wenn die Arbeitsstunden bereits reduziert wurden, kann die Kombination von Angehörigenpflege und Arbeit eine immense Herausforderung sein.

Diesen individuellen „Lösungen“, die oftmals mit erheblichen Kosten (etwa reduziertes Einkommen, langfristig auch reduzierte Pensionsansprüche) einhergehen, sind allerdings Grenzen gesetzt. So stehen etwa auch Personen, die ihre Arbeitsstunden bereits reduziert haben, vor immensen Herausforderungen, Pflege und Arbeit unter einen Hut zu bringen.

Grund dafür sind insbesondere Lücken in der professionellen Versorgung. Diesbezüglich wird von pflegenden Angehörigen hervorgehoben, dass es generell einen Mangel an Betreuungs- und Pflegeangeboten gebe, dass die bestehenden Angebote nicht für alle leistbar seien und dass professionelle Angebote den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Personen oder der pflegenden Angehörigen selbst nicht hinreichend gerecht werden.

Die Lücken in der professionellen Versorgung führen dazu, dass Angehörige keine Wahlfreiheit haben. Sie sind oft gezwungen, mehr Pflegetätigkeiten übernehmen, als sie möchten, weil der erforderliche Aufwand mit ihrer Berufstätigkeit über eine längere Periode hinweg nicht mehr vereinbar ist. Neben den damit verbundenen

³ Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse beruhen auf der Analyse qualitativer, semi-strukturierter Interviews mit pflegenden Angehörigen im Erwerbsarbeitsalter (n = 19) und Personen, die beruflichen Kontakt mit pflegenden Angehörigen haben (z. B. Hauskrankenschwester:innen; n = 6) aus Oberösterreich.

hohen psychischen und körperlichen Belastungen wurden auch finanzielle Aufwendungen genannt, die langfristig nicht leistbar erscheinen.

Unterstützungsmaßnahmen greifen zu kurz

Bestehende Leistungen und Angebote wie etwa Karenzmöglichkeiten und finanzielle Ersatzleistungen (Pflegekarencenzgeld) stellen eine wichtige Form der Unterstützung für pflegende Angehörige im Allgemeinen sowie erwerbstätige pflegende Angehörige im Speziellen dar. Diese Leistungen wurden im Rahmen der Pflegereform 2022-2024⁴ noch ausgebaut. Österreich sticht im internationalen Vergleich insgesamt durch eine große Bandbreite an Unterstützungsmaßnahmen hervor (Rocard & Llana-Nozal, 2022). Allerdings zeigen die Erfahrungen der Betroffenen, dass diverse Hürden im Zugang zu diesen Leistungen und Angeboten bestehen.

Pflegende Angehörige erleben Informationen zu bestehenden Leistungen und Angeboten als schwer zugänglich.

Dies betrifft zunächst die Angebote selbst, wenn sie auf zu eng definierten Bezugskriterien beruhen oder in ihrem Umfang (etwa Länge von Karenzzeiten und Höhe des Einkommensersatzes) nicht ausreichen, um die Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Erwerbstätigkeit in einem relevanten Ausmaß zu erleichtern. Hinzu kommt, dass pflegende Angehörige bestehende Leistungen, wie Erholungsangebote, mitunter aus praktischen Gründen nicht in Anspruch nehmen können.

Darüber hinaus bestehen weitere Hürden im Zugang zu Unterstützungsangeboten: Die Betroffenen berichten von schwer zugänglichen Informationen zu bestehenden Leistungen und Angeboten, bürokratischen Hürden bei der Antragsstellung sowie defensiv agierenden Behörden, von denen der Zugang zu Leistungen und Angeboten oftmals erst „erstritten“ werden muss.

*„Die ganzen Ansuchen, die man stellen muss! Ich habe da nur mehr mit den ganzen Ämtern telefoniert. Und mit dem Pflegegeld, man muss 100.000 Formulare ausfüllen und die ganzen Kontoauszüge mitschicken. Das ist eigentlich das, was am meisten belastend ist, muss ich ehrlich sagen. Weil [das ist] zusätzlich einfach so viel. Da ist man vom Kopf her schon so in einem Ausnahmezustand und dann muss man aber trotzdem das andere auch noch alles organisieren.“
(Pflegende Angehörige, die ihre Tochter mit Krebskrankung gepflegt hat)*

Aufgrund dieser Hürden und der unterschiedlichen Voraussetzungen, die pflegende Angehörige für deren Bewältigung mitbringen müssen (etwa Vorwissen), herrscht bei pflegenden Angehörigen selbst der Eindruck vor, dass ein gleicher Zugang zu Leistungen und Angeboten aktuell nicht gegeben sei.

⁴ Für einen Überblick siehe: <https://pflege.gv.at/pflegereform-2022-2024>

Empfehlungen für die Politik

Auf Basis der oben dargestellten Ergebnisse und Erkenntnisse lassen sich folgende Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen und die Sozialpartner:innen ableiten:

- *Ausbau leistbarer und qualitätsvoller professioneller Pflege- und Betreuungsdienste:* Der Ausbau professioneller Pflege- und Betreuungsangebote stellt die wichtigste Form der Unterstützung für pflegende Angehörige dar, da entsprechende Angebote Entlastung bieten und pflegenden Angehörigen mehr Entscheidungsspielraum ermöglichen, in welchem Ausmaß sie Pflegeaufgaben übernehmen möchten.
- *Anpassung von Arbeitsplätzen an die Bedürfnisse pflegender Angehöriger:* Neue Modelle der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeitgestaltung, um die Vereinbarkeit von (Vollzeit-)Arbeit und Pflege zu ermöglichen, sind ein wesentlicher Ansatzpunkt, um pflegenden Angehörigen eine umfassende Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und den Belastungen entgegenzuwirken, die pflegende Angehörige aktuell erfahren. Dies bedarf unter anderem arbeitsrechtlicher Änderungen sowie Förderungen für Betriebe, die entsprechende Maßnahmen umsetzen.
- *Verbesserung der Sichtbarkeit und Anerkennung pflegender Angehöriger:* Ein erster Schritt wäre die stärkere Einbeziehung pflegender Angehöriger bei der Bedarfsfeststellung im Rahmen des Pflegegeldes. Dabei sollte es nicht nur um die Einstufung der Pflegebedürftigkeit gehen, sondern auch die Erfassung der Bedürfnisse der Angehörigen im jeweiligen Familien- bzw. Haushaltskontext. Überlegenswert wäre darüberhinaus eine freiwillige Registrierung als pflegende:r Angehörige:r. Diese würde einerseits den Status pflegender Angehöriger sichtbar machen und könnte andererseits bürokratische Abläufe bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen vereinfachen.
- *Rechtliche Anerkennung der Angehörigenpflege und Ausbau von Angeboten für pflegende Angehörige:* Die Betreuung und Pflege von Angehörigen sollte als gesellschaftlich wertvolle Arbeit gewürdigt werden und mit einer umfassenden Unterstützung (z. B. finanziell, fachlich, psychologisch) von pflegenden Angehörigen einhergehen. Insbesondere bedarf es längerer Karenzzeiten und einer Erhöhung der Karenzgelder bei gleichzeitig niedrigschwelligerem Zugang. Maßnahmen für pflegende Angehörige sollten darüber hinaus berücksichtigen, dass es nicht notwendigerweise nur eine Hauptpflegeperson gibt, sondern oftmals mehrere Personen in die Angehörigenbetreuung involviert sind und pflegende Angehörige nicht immer mit der betreuten Person im selben Haushalt leben.

- *Erleichterung im Zugang zu bestehenden Unterstützungsleistungen:* Pflegende Angehörige brauchen verbesserte wohnortnahe und niedrighschwellige Informationsangebote, durch die sie ganzheitliche Beratung erhalten. Darüber hinaus bedarf es eines leichteren Zugangs zu Leistungen, etwa durch die Vereinfachung bürokratischer Prozesse und den Abbau administrativer Hürden.
- *Erleichterung der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach einer Phase der Angehörigenpflege:* Es bedarf einer Reihe von Maßnahmen, die Personen unterstützen, die nach der Angehörigenpflege in die Erwerbstätigkeit zurückkehren möchten, wie etwa gezielte Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Umschulungsangebote oder die Vermittlung an geförderte Arbeitsplätze, wenn die Angehörigenbetreuung zu körperlichen oder psychischen Einschränkungen geführt oder zu diesen beigetragen hat.
- *Anerkennung von Angehörigenpflege als frauenpolitisches Thema:* Da Pflege und Betreuung von Angehörigen vorwiegend von Frauen übernommen wird, ist Angehörigenpflege auch ein frauenpolitisches Thema. Maßnahmen zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen sind deshalb auch notwendig, um die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und ihre soziale Absicherung sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft sicherzustellen. Darüberhinaus sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch vermehrt Männer Pflege und Unterstützung in der Familie und im eigenen Umfeld übernehmen, wie etwa Bewusstseins- und Bildungsmaßnahmen sowie finanzielle Anreize.
- *Verbesserung der Datenbasis und Forschungslage zur Situation pflegender Angehöriger:* Die Situation pflegender Angehörige in Österreich ist zwar teilweise, jedoch nicht hinreichend erforscht. Obwohl verschiedene Datensätze Aufschluss über einzelne Aspekte von Angehörigenpflege geben, mangelt es an systematischen, umfassenden und regelmäßigen Erhebungen. Daher sind Investitionen in bessere und zuverlässigere Daten zu pflegenden Angehörigen und die Finanzierung von entsprechender Forschung erforderlich.

Insgesamt bedarf das Thema der Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Erwerbstätigkeit einer breiten Einbettung in bestehende Politiken in den Bereichen Arbeit, Soziales und Pflege. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die Weiterentwicklung sozialer Sicherung und ihrer Nachhaltigkeit in Gesellschaften mit steigender Langlebigkeit der Bevölkerung zu gewährleisten. Insbesondere gilt es, soziale Sicherungssysteme so zu gestalten, dass Perioden im Lebenslauf, in denen Menschen sich um andere Menschen kümmern (müssen), explizit anerkannt, sozial abgesichert und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt werden.

Bibliografie

- Bauer, J. M. & Sousa-Poza, A. (2015). Impacts of informal caregiving on caregiver employment, health, and family. *Journal of Population Ageing*, 8, 113-145. <https://doi.org/10.1007/s12062-015-9116-0>
- Burch, K. A., Dugan, A. G. & Barnes-Farrell, J. L. (2019). Understanding what eldercare means for employees and organizations: A review and recommendations for future research. *Work, Aging and Retirement*, 5(1), 44-72. <https://doi.org/10.1093/workar/way011>
- Hoffmann, F. & Rodrigues, R. (2010). Informal carers: who takes care of them? *European Centre Policy Brief*. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. <https://www.euro.centre.org/downloads/detail/1256>
- Kadi, S., Pot, M., Simmons, C., Leichsenring, K. & Staflinger, H. (2024). *Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit in (Ober-)Österreich: Ausgangssituation und Handlungsbedarf*. Linz und Wien: Arbeiterkammer Oberösterreich und Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Kadi, S., Pot, M., Simmons, C., Leichsenring, K. & Staflinger, H. (2023). *Young Carers and Young Adult Carers in Oberösterreich: Status quo, Handlungsfelder und Lösungsansätze*. Linz und Wien: Arbeiterkammer Oberösterreich & Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. <https://www.euro.centre.org/publications/detail/4746>
- Mairhuber, I. & Sardadvar, K. (2017). *Erwerbstätige pflegende Angehörige in Österreich: Herausforderungen im Alltag und für die Politik*. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA). https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1234-FB_01_2017.pdf
- Nagl-Cupal, M., Kolland, F., Zartler, U., Mayer, H., Bittner, M., Koller, M., Parisot, V. & Stöhr, D. (2018). *Angehörigenpflege in Österreich: Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke*. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz. https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=536&attachmentName=Endbericht_Situation_pfleger_Angeh%C3%B6riger_B.pdf
- Nagl-Cupal, M., Daniel, M., Kainbacher, M., Koller, M., & Mayer, H. (2015). *Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige: Einblick in die Situation Betroffener und Möglichkeiten der Unterstützung. T. 1, Einsicht in die Situation gegenwärtiger und ehemaliger pflegender Kinder in Österreich*. (Sozialpolitische Studienreihe, 19). Wien: ÖGB-Verlag. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-439465>
- Rocard, E. & Llana-Nozal, A. (2022). Supporting informal carers of older people: Policies to leave no carer behind. *OECD Health Working Papers*, 140. https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/supporting-informal-carers-of-older-people_0f0c0d52-en
- Sardadvar, K. & Mairhuber, I. (2018). Employed family carers in Austria. The interplays of paid and unpaid work—beyond “reconciliation”. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 43(1), 61-72. <https://doi.org/10.1007/s11614-018-0283-0>
- Spann, A., Vicente, J., Allard, C., Hawley, M., Spreeuwenberg, M. & de Witte, L. (2020). Challenges of combining work and unpaid care, and solutions: A scoping review. *Health & Social Care in the Community*, 28(3), 699-715. <https://doi.org/10.1111/hsc.12912>

About the European Centre for Social Welfare Policy and Research

The Policy Briefs series of the European Centre is edited by Sonila Danaj and Selma Kadi

The European Centre for Social Welfare Policy and Research is an intergovernmental organisation affiliated to the United Nations. Its purpose is to foster the collaboration between governments, research and other stakeholders in the field of social welfare.

Core Functions

- Providing applied social science and comparative empirical research on social policy in the UN-European Region
- Forging the evidence-base for social policy making and mutual learning on social welfare issues
- Initiating future-oriented public policy debates on social welfare issues by networking across the UN-European Region

Research Focus

The European Centre provides expertise in the fields of welfare and social policy development in a broad sense – in particular in areas where multi- or interdisciplinary approaches, integrated policies and inter-sectoral action are called for.

European Centre expertise includes issues of demographic development, work and employment, incomes, poverty and social exclusion, social security, migration and social integration, human security, care, health and well-being through the provision of public goods and personal services. The focus is on the interplay of socio-economic developments with institutions, public policies, monetary transfers and in-kind benefits, population needs and the balance of rights and obligations of all stakeholders involved.

European Centre Publications

- ‘Policy Briefs’ contain recent research and policy advice results
- ‘Research Notes’ present new findings in a concise format
- ‘European Centre Reports’ expose results of studies or research carried out in the context of national or international projects
- ‘European Centre Working Papers’ comprise preliminary findings or innovative ideas to be shared with a wider public
- The ‘European Centre Newsletter’ is published in English on a monthly basis and synthesizes the news published regularly on our website

Furthermore, scientific staff of the European Centre regularly publish books, peer-reviewed articles or contributions to books. Please contact us, if you want to get informed on a regular basis about our activities and publications.

Contact

Berggasse 17
A – 1090 Vienna
Tel: +43 1 319 45 05-0
Email: ec@euro.centre.org

Visit our website and follow our latest news via social media:

Website: <http://www.euro.centre.org>

LinkedIn: [European Centre for Social Welfare Policy and Research](#)